

Antworten der SPD-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

Frage 1: Stufenweiser Umbau des Bundesplatzes

Inwiefern teilen Sie die Einschätzung des Bezirksamtes, dass durch einen stufenweisen Umbau des Bundesplatzes (Ausbaustufe 1: Umbau der Südseite) die Relikte der autozentrierten Stadt angegangen werden sollten, zunächst auch ohne Tunnelschließung?

Die Entwicklung weg von der autozentrierten Stadt ist nicht mehr aufzuhalten, unabhängig davon, wer nach dem 12. Februar 2023 Berlin regieren wird. Die Frage ist, wann passiert was und mit welcher Intensität ändert sich was in welchem Zeitraum?

Wir teilen die Überzeugung, dass ein stufenweiser Umbau des Bundesplatzes (zunächst ohne Tunnelschließung) schon deswegen wichtig, da im günstigsten Fall (beim sofortigen Start der Vorplanungen zur Schließung des Tunnels) aufgrund des deutschen Planungsrechts die Schließung des Tunnels im günstigsten Fall 6-7 Jahre benötigt. Es muss bei den ersten Verbesserungen nur darauf geachtet werden, dass die spätere Gesamtlösung nicht beeinträchtigt wird. Damit alles so schnell wie möglich geht, muss nicht nur eine technische Machbarkeitsstudie, sondern eine vollständige Machbarkeitsstudie beauftragt werden, d. h. es müssen auch die Kosten aller Varianten ermittelt werden. Dies ist die Voraussetzung, damit eine haushaltsrechtliche Untersetzung durch den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses beschlossen wird. Das kann im Haushalt des Landes Berlin aber erst erfolgen, wenn grob die Kosten ermittelt worden sind.

Frage 2: Bundesplatz im Koalitionsvertrag

Der Umbau des Bundesplatzes wird im Koalitionsvertrag als ein Relikt der autozentrierten Stadt konkret benannt. Sollte der Rückbau der autozentrierten Stadt nach dem Breitenbachplatz mit einer Studie zum Bundesplatz als nächstes Projekt im Jahr 2024 konsequent weiterverfolgt werden? Würden Sie einer entsprechenden Priorisierung in Abgeordnetenhaus zustimmen?

Die Machbarkeitsstudie zum Breitenbachplatz ist bereits fertig.

Ein Beginn der Beauftragung der Machbarkeitsstudie für den Bundesplatz wäre sofort möglich, dazu muss aber der politische Wille bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK) vorhanden sein. Die Machbarkeitsstudie für den Breitenbachplatz wurde nämlich nicht von den Mitarbeiter:innen der (SenUMVK) erstellt, sondern von einem externen Büro. Hierzu muss SenUMVK zunächst nur eine Ausschreibung einleiten. Für Machbarkeitsstudien und für die weiteren Vorplanungen steht ein allgemeiner Haushaltstitel zur Verfügung. Dies sind relativ geringe Kosten. Erst zur Baufinanzierung ist ein neuer Haushaltstitel erforderlich. Voraussetzung ist aber die Kostenermittlung durch eine Machbarkeitsstudie. SenUMVK muss lernen (auch bei anderen Projekten wie beim ÖPNV - Projekt i2030) nicht hintereinander, sondern parallel zu planen.

Frage 3: Verkehrsversuch am Bundesplatz:

Unterstützen Sie einen halbjährigen Verkehrsversuch, mit dem durch eine Sperrung der Spangen des Bundesplatzes die Auswirkungen auf die Nutzung des Stadtraumes und der Verkehrsflüsse im Reallabor getestet werden?

Ein halbjähriger Verkehrsversuch ist ein kluger Ansatz, um die erdachten Konzepte durch die Realität prüfen zu lassen. Im Anschluss an einen solchen Test muss es eine ausführliche Evaluation geben und die Ergebnisse sollen für eine nachhaltige und konzeptionelle Ausgestaltung genutzt werden.